



Die Schweiz ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort und soll es auch angesichts des starken Frankens bleiben. Die Grünen setzen dafür auf eine selektive und faire Standortpolitik. Die Schweiz soll gezielt für Unternehmen attraktiv sein, die langfristig orientiert sind und zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen, statt nur von niedrigen Steuern profitieren wollen. Die Grünen lehnen Standortdumping entschieden ab, da es gegen das Prinzip der Fairness verstösst, die Schweiz international isoliert und damit die Wirtschaft schwächt.

STANDORT- UND INNOVATIONSFÖRDERUNG AUF NACHHALTIGKEIT AUSRICHTEN STATT AUF ÜBERHITZTES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Die Grünen wollen Innovation am Standort Schweiz gezielt fördern.¹ Dabei müssen sowohl wirtschaftliche als auch ökologische und soziale Kriterien gleicher Massen berücksichtigt werden. Ziel des Geldverteils im Rahmen der Innovations- und Standortförderung in Bund, Kantonen und Gemeinden darf nicht sein, einfach nur möglichst viele Unternehmen anzuziehen, aufzubauen oder zu erhalten. Vielmehr kommt es auch auf ihre Qualität an. Es geht auch nicht mehr nur darum, negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft zu vermeiden. Vielmehr sollte die Standortförderung aktiv zum Umbau zu einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Wirtschaft beitragen.

Die Vorlage des Bundesrats zur Standortförderung 2016-19 enthält einige sinnvolle Instrumente zur Innovationsförderung. Sie berücksichtigt jedoch noch zu wenig die ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsaspekte. Dies obwohl im Jahr 2011 auf Anregung der Grünen ein diesbezüglicher Vorstoss der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) im Nationalrat angenommen wurde.²

So befürworten die Grünen, dass die Tourismusbranche mit Fördermitteln für das Innovations-Programm „Innotour“ (30 Mio. Franken) und das Marketingprogramm „Schweiz Tourismus“ (220.5 Mio. Franken) unterstützt wird. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass beispielsweise der Autotourismus mit einem Millionenbudget beworben wird wie es derzeit der Fall ist.

Die Grünen unterstützen, dass KMU mit dem vorgeschlagenen E-Government (17.7 Mio. Franken) die administrative Arbeit erleichtert wird. Gleichzeitig fordern sie, dass die KMU-Förderung künftig auch darauf abzielt, die Entwicklungschancen im Bereich der Ressourceneffizienz und des Ecode-signs zu nutzen.³

Die Grünen befürworten, dass Innovationsprogramme für die Berggebiete und ländlichen Regionen im Rahmen der Regionalpolitik finanziell gefördert werden (230 Mio. Franken). Bezüglich der Nachhaltigkeit fordern die Grünen jedoch, dass künftig stärker Ausbildungs- und Arbeitsplätze im sanften Tourismus und der Vermarktung regionaler Produkte geschaffen, Genossenschaften gefördert und der Wissens- und Erfahrungsaustausch für eine Grüne Wirtschaft in den Alpen unterstützt werden.⁴

Die Grünen stehen der Exportförderung (89.6 Mio. Franken) und der Standortpromotion (16.4 Mio. Franken) durch Switzerland Global Enterprise positiv gegenüber. Dabei sollten jedoch vor allem die Bereiche „Cleantech“ sowie „Informations- und Kommunikationstechnologie“ gestärkt werden. Cleantech leistet einen direkten Beitrag zur Grünen Wirtschaft. Die IKT können über Digitalisierung, Big Data, 3D-Drucktechniken und andere Neuerungen zu einer ressourceneffizienteren Wirtschaft beitragen, wobei auf Datenschutz zu achten ist. Die Informationen zum Unternehmerstandort Schweiz bei internationalen Messen („Standortpromotion“) soll ausserdem nur auf Unternehmen abzielen, welche das Schweizer Wirtschaftsgeflecht qualitativ



signifikant ergänzen und darf nicht zur Abwerbung aus anderen Ländern missbraucht werden.

Die Grünen fordern ausserdem, die **Standortförderung der Kantone und Gemeinden** konsequent auf eine nachhaltige Entwicklung auszurichten. Sie sollte auf Innovation und die Aufwertung lokal verankerter Firmen setzen, die ihrer Verantwortung bezüglich Umwelt und Gesellschaft nachkommen. Bei der Auswahl ansiedlungswilliger Unternehmen sollten Nachhaltigkeitskriterien angewandt werden, wie beispielsweise die Qualität ihrer Mobilitäts- und Ansiedlungspläne und das Bestreben, mit anderen Unternehmen zusammen zu arbeiten, um ihre Ressourcennutzung zu optimieren.⁵ Wünschenswert ist ausserdem eine gezielte Förderung von innovativer Ressourceneffizienz in KMU, beispielsweise über „Performance Contracting“.⁶

Im Sinne der Innovationsförderung begrüssen die Grünen auch die Schaffung des **Swiss Innovation Parks**. Mit einem Rahmenkredit von 350 Mio. Franken für 2016-24 werden zwei zentrale Standorte rund um die ETH Zürich und ETH Lausanne sowie weitere Netzwerkstandorte aufgebaut, um Forschungsinfrastrukturen und Technologieplattformen zu stärken. Die Grünen unterstützen die geplante Ausrichtung auf „Life Sciences & Lebensqualität“, „Engineering & Umwelt“ sowie „Digitale Technologien und Kommunikation“. Auch hier sollten jedoch Nachhaltigkeitskriterien bei der Auswahl der Projekte berücksichtigt werden.

INDUSTRIESTANDORT SCHWEIZ MIT GRÜNER WIRTSCHAFTSPOLITIK UND LEBENSQUALITÄT SICHERN STATT DURCH LOHN- UND STEUERDUMPING SCHÄDIGEN

Die Grünen wollen, dass die Schweiz auch weiterhin ein Industriestandort und Werkplatz bleibt.⁷ Ent-

lassungen und Lohnsenkungen gilt es zu vermeiden. Die Grünen setzen dabei auf eine **Modernisierung der Industrie** durch Energiewende und den Umbau zu einer Kreislaufwirtschaft. Ecodesign und Ressourceneffizienz reduzieren Kosten in der Produktion, sichern eine langfristige Verfügbarkeit an Rohstoffen und erhöhen die Unabhängigkeit von Importen. Die Swissness-Vorlage trägt ebenfalls zum Erhalt des Schweizer Werkplatzes bei.

Die Entwicklung und Verbreitung von Cleantech erschliessen einerseits neue internationale Absatzmärkte und sichern andererseits Arbeitsplätze im lokalen Gewerbe. Die Entwicklung ressourceneffizienter Produkte ist auch notwendig, um mit den sich rasch entwickelnden EU-Standards mitzuhalten. Die Einhaltung internationaler Umwelt- und Arbeitsstandards bei der Herstellung importierter Produkte reduziert den Druck, den Produktionsstandort von der Schweiz ins Ausland zu verlagern. Die **Blockade-Haltung der SVP, FDP und von Teilen der CVP** gegen die Vorlage zur Grünen Wirtschaft und gegen die Energiestrategie 2050 ist daher vollkommen unverständlich und schädigt den Standort Schweiz.

Um eine hohe Standortattraktivität zu ermöglichen, braucht es vieles. Wesentliche Faktoren sind die Verfügbarkeit gut qualifizierter Arbeitnehmer, gute Infrastrukturen, politische Stabilität, Innovationsbereitschaft und eine hohe Lebensqualität für die Mitarbeitenden.⁸ All das hängt nicht zuletzt von der Qualität der Gesundheitsversorgung, Bildungsmöglichkeiten und des öffentlichem Verkehrs sowie von einer sauberen Umwelt ab. Dafür braucht es **Handlungsspielraum von Bund und Kantonen statt die FDP-Steuerreformpläne**: Die Unternehmenssteuerreform III darf nicht zu Lasten der Bevölkerung gehen.⁹ Dafür braucht es auch eine **offene Migrations- und Europapolitik statt die SVP-Isolation**: die Bilateralen Verträge mit der EU gilt es zu erhalten, auch um den EU-Marktzutritt zu wahren.

¹ Siehe auch [Motion 15.3180 Frankenstärke. Aufstockung der KTI-Kredite](#). Eingereicht am 18.3.2015 von Louis Schelbert.

² [Postulat 11.3466 Nachhaltige Entwicklung und Standortförderung](#). Wurde am 18.4.2011 von der WAK-NR eingereicht und am 31.5.2011 im Nationalrat angenommen. Das Postulat wurde von Adèle Thorens in der WAK angeregt.

³ Forderungen wurden in UREK-N als Anträge zur Umweltschutzgesetz-Revision eingereicht

⁴ Siehe [Resolution „Entwicklungsperspektiven für die Alpen“](#) der DV in Visp vom 24.8.2013. Siehe auch [Postulat 13.3540 Flankierende Massnahmen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den von der Lex Weber betroffenen Regionen](#), eingereicht am 20.6.2013 von Adèle Thorens.

⁵ Siehe für weitere Anregungen die Studie des [Bundesamts für Raumplanung \(ARE\) \(2012\) Wirtschaftsförderung und nachhaltige Entwicklung in den Kantonen](#), welche von Adèle Thorens miterstellt wurde.

⁶ Siehe Vorstoss-Entwurf zu Ressourceneffizienz in KMU in der [Tagungs-Dokumentation „Grüne Wirtschaft in Kantonen & Gemeinden“](#) vom 21.2.2015 in Bern.

⁷ Siehe auch [Interpellation 15.3480 Was passiert mit der Schweizer Industrie?](#) Eingereicht am 6.5.2015 von Louis Schelbert.

⁸ Siehe z.B. [World Economic Forum \(2014\) The Global Competitiveness Report 2014-2015](#). S. 3-13. Sowie: [Ernst & Young \(2006\) Swiss Attractiveness Survey – Aussagen ausländischer Unternehmen zum Standort Schweiz](#).

⁹ Siehe [Position der Grünen zur Unternehmenssteuerreform III](#) vom 29.1.2015.